92. Jahrgang. Nr. 195 Dienstag, 26. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Lokallohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. obg. Ausnahmetarif II. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Rabattfähige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Kiepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Folgerungen der Preußenwahl

Ueberspitzte Bedingungen des Zentrums

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. April. Die Frage, wie die Bildung einer den durch die Landtagswahlen geschaffenen Mehrheitsverhältnissen entsprechenden preußischen Regierung bewerkstelligt werden könnte, ist bisher über Erörterungen rein theoretischen Charakters hinaus noch nicht gediehen. Das schwer geschlagene Kabinett Braun tritt am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, in der besprochen werden soll, wie man sich weiter verhalten will. In den nächsten Tagen werden sich dann die maßgebenden Instanzen der Parteien mit dem Wahlausgang befassen, und erst nach deren Stellungnahme wird klar zu erkennen sein, welche der bisher in der Presse schon eifrig diskutierten Möglichkeiten zur Wirklichkeit wird.

Das Gerücht, daß bereits heute eine erste Fühlungnahme zwischen Nationalsozialisten und Zentrum stattgefunden hätte, ist unzutreffend.

Der Abgeordnete Kube, der bisher die nationalsozialistische Fraktion des Preußischen Landtags leitete und von Adolf Hitler, wie man hört, auch mit der Führung der neuen großen Fraktion betraut werden wird, hat sich heute zum Zwecke der Besprechung der politischen Lage mit der Reichsleitung der NSDAP. nach München begeben. Es hat den Anschein, als ob man in den bisherigen Diskussionen die Möglichkeiten, die sich aus eventuellen direkten Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum ergeben könnten, etwas überschätzt. Von gut unterrichteter Zentrumsseite hören wir, daß das Zentrum als eine seiner ersten Bedingungen einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten die nennen würde, den Kampf gegen das Regierungssystem des Reichskanzlers Brüning entweder einzustellen oder doch ganz weitgehend zu mildern. Natürlich würden die Nationalsozialisten auf Bedingungen dieser Art niemals eingehen, wie sie überhaupt Wert darauf legen, ihrer bei den Wahlen errungenen Stärke entsprechend die wirkliche Führung zu erhalten, nicht aber unter Erfüllung weitgehender Zugeständnisse an der Regierung lediglich beteiligt zu werden.

Gewisse linksgerichtete Zentrumskreise scheinen geradezu Wert darauf zu legen, daß unerfüllbare Forderungen aufgestellt werden, um so jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Rechten von Anfang an zu verhindern.

Wie gering die Notwendigkeiten des demokratischen Systems von seinen Verfechtern bewertet werden, zeigt auch die Tatsache, daß es in der Gefolgschaft des geschlagenen Kabinetts Braun-Severing Leute gibt, die allen Ernstes behaupten, daß die Nationalsozialisten zwar Mandate erobern könnten, so viel sie wollten, daß daraus aber den regierenden Parteien noch keinerlei Verpflichtungen erwüchsen. Im Kaiserreich hätte man ja auch nicht daran gedacht, die Sozialdemokraten trotz ihrer Stärke an der Regierung zu beteiligen. Diese Meinung zeigt, daß die gegenwärtigen preußischen Machthaber, insbesondere die Sozialdemokratie, ihre Position mit Klauen und Zähnen zu verteidigen entschlossen sind. Im Sinne dieser Politik liegt es auch, wenn man in Linksorganen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob ja in Preußen gar nichts Besonderes geschehen sei und daß die „größere Wahrscheinlichkeit" dafür spreche, daß sich in Preußen zunächst gar nichts ändern würde, auch wenn man das Kabinett formell stürze.

Angesichts der großen Schwierigkeiten, die die Mandatsverteilung des neuen Preußischen Landtags einer klaren und eindeutigen Regierungsbildung entgegensetzt, werden in politischen Kreisen schon die Möglichkeiten einer eventuellen Auflösung des am Sonntag gewählten Landtags erörtert. Es fehlt nicht an Stimmen, die sich dafür einsetzen, das preußische Volk in absehbarer Zeit nochmals an die Wahlurne zu rufen in der Hoffnung, daß dann die Besinnung in den bürgerlichen Splitterparteien Einkehr halten würde und daß Neuwahlen doch noch eine absolute Mehrheit der Kräfte rechts des Zentrums herbeiführen könnten. Aktuell wird diese Frage naturgemäß erst, wenn der neue Landtag zusammengetreten ist. Bei den vorliegenden Mehrheitsverhältnissen könnte der Landtag dann ohne Zweifel eine Mehrheit für seine Wiederauflösung und Neuwahlen herbeiführen. Ob dieser Weg beschritten wird, steht naturgemäß dahin.

Der neue Landtag soll etwa am 18. Juni zusammentreten.

Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß eine frühere Einberufung schon aus technischen Gründen unmöglich wäre. Die neugewählten Abgeordneten haben vom achten Tage nach der Feststellung ihrer Wahl an das Recht auf Aushändigung einer Freifahrtkarte. Da der alte Landtag erst am 20. Mai offiziell endet, werden eine Zeitlang die sehr verschiedenen Mitglieder zweier Landtage gleichzeitig im Besitz der Freifahrtkarte sein, während allerdings Diäten an die neuen Landtagsabgeordneten erst vom Zusammentritt des neuen Parlamentes ab gezahlt werden.

Im Landtagsgebäude wird gegenwärtig auch die erforderliche äußere Umänderung vollzogen.

Diejenigen Parteien, die keine Fraktionsstärke besitzen, müssen ihre Beratungszimmer hergeben und haben nur noch Anspruch auf Arbeitsplätze. Kompliziert wird die Besetzung des Präsidiums im neuen Hause sein, denn nach parlamentarischem Brauch müßten die Nationalsozialisten den Präsidenten, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten je einen Vizepräsidenten stellen. Eine Zusammenstellung, die kaum arbeitsfähig sein dürfte.

Frankreich im Wahlkampf

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paris, 25. April.

Der der Rechtsgruppe Marin der demokratischen Union angehörende frühere Gesundheitsminister Desiré Ferry hat dieser Tage in Dombasle mitten im lothringischen Industriegebiet eine Wahlrede gehalten. Als er mit der üblichen Leier von der Weltwirtschaftskrise, der gewaltigen Arbeitslosigkeit in Deutschland und in England begann, wurde er sofort durch den Ruf unterbrochen: „Wir kümmern uns den Teufel um Deutschland und noch viel weniger von England, sprechen Sie uns von Frankreich, wir sind in Frankreich." Seine Zuhörer, aus deren Mitte ihm dieser Ruf gebieterisch entgegenschallte, waren zum allergrößten Teil sozialistische oder auch kommunistische Arbeiter, gehörten also irgendeiner Internationale an. Ich erzähle diese kleine Wahlgeschichte, weil sie für den französischen Wähler außerordentlich charakteristisch ist. Ob Genosse oder nicht, der Franzose ist vor allem Franzose. Seine Welt ist Frankreich. Das zeigte sich auch im weiteren Verlauf der Wahlversammlung des Herrn Desiré Ferry. Auf die vereinzelten Rufe: „Nieder mit dem Krieg, nieder mit den Munitionsfabrikanten!" erwiderte er mit einer ausführlichen Darstellung von den Taten des verflossenen Kriegsministers Maginot, von den gewaltigen Festungsbauten an der Grenze gegen Italien und Deutschland, für die Tardieu als Ministerpräsident 3½ Milliarden zur Verfügung gestellt habe. Denn die französische Sicherheit erfordere trotz Frankreichs glühendem Friedenswillen diese Festungen und die Aufrechterhaltung einer riesigen Armee. Niemand widersprach mehr. Also, was will der französische Wähler, auch der französische Arbeiter? Nichts als sein Wohlsein, seine Ruhe, die Sicherheit; wenn er überhaupt etwas will.

Im Vergleich mit der ungeheuren Erschütterung, die seit sechs Wochen die deutsche Wählerschaft beweat, herrscht hier Gleichgültigkeit, keine Spur von Aufregung. Schon vor der Wahl ist man wahlmüde. Denn man ist parlamentsmüde. Die Blütezeit des Parlamentarismus ist hier wie in anderen Ländern vorüber. Auch der Dümmste hat begriffen, was geleistet und vor allem, was nicht geleistet wird. Es gab nichts Mittelmäßigeres als die bisherige Kammer, ihre Köpfe und ihre Leistungen. Sie war unter dem Zeichen Poincarés gewählt, des Retters vor der Inflation, des Stabilisators. Das Kabinett der bürgerlichen Einigung, mit dem sie begann, wurde schon nach wenigen Monaten durch den Austritt der vier radikalen Minister lebensunfähig, und die sich vorwiegend auf die Rechte mit Hilfe der Mittelgruppen stützenden Kabinette folgten aufeinander. Die radikalen Kabinette Chautemps und Steeg blieben Episoden. Die Steuern wurden abgebaut, Gehälter und Pensionen erhöht, die von Laval als Arbeitsminister endlich durchgeführte soziale Gesetzgebung wird fast allgemein verwünscht, das große Wirtschaftsprogramm Tardieus wurde knapp zur Hälfte durchgeführt. So sehr sich Gold in den Kellern der Bank von Frankreich anhäufte, so wenig Geld war für wirkliche Kulturaufgaben übrig. Frankreichs Riesenrüstung, die man vor der Abrüstungskonferenz sicherstellen mußte, verschlingt ein Drittel und noch mehr der gesamten Budgetausgaben. Dann brauchte man Geld für die Stützung wankender Privatunternehmungen, Banken und Schiffahrtsgesellschaften, und vor allem für die Vasallenstaaten, um sie bei der Stange zu halten. So weist das laufende Budget einen Fehlbetrag von vier Milliarden auf, für das nächste sieht man einen solchen von sieben Milliarden Franken voraus.

Daß die neue Kammer an dieser Lage viel bessern wird, glaubt kein Mensch. Jede große Parole für den Wahlkampf fehlt. Ein Kapitelchen für sich sind die Wahlen im Elsaß, wo sich hauptsächlich die beiden katholischen Parteien, die autonomistische und mit den Kommunisten verbündete Volksunion und die nationale Volksaktion, bekämpfen. Die Demokraten und die Sozis gehen mit der letzteren, französisch eingestellten Partei meistens Hand in Hand. Besonders fürchtet man ein Anwachsen des Autonomismus im Unterelsaß. In Kolmar wird der nun durch die Amnestie wählbar gewordene Autonomist Rosse wohl gewählt werden. „Wir wollen", so verkündigen die Autonomisten, „den Gegnern des Heimatrechtes einen Kampf großen Stiles liefern, wie er noch nie gesehen worden ist." Aber wie das Ergebnis im Elsaß auch sein mag, was haben die alles in allem fünfundzwanzig, unter sich uneinigen elsaß-lothringischen Abgeordneten in einer Kammer, die über sechshundert Köpfe zählt, zu bedeuten? Es ist immer undankbar, ein Prophet zu sein. Man rechnet vielfach mit einem Zug nach links, aber für die Politik Frankreichs wird sich auf keinen Fall durch die Neuwahlen eine wesentliche Aenderung ergeben. Ein Linkskabinett wird stark von den Sozialisten abhängig und außerdem bei jeder Abstimmung der Laune der Mittelgruppen ausgeliefert sein. Ein Rechtskabinett wird ebenso wie bisher ohne die Mittelgruppen nicht möglich sein und, wie die bisherigen Regierungen, von dem guten Willen des in seiner Mehrheit linksgerichteten Senats abhängig bleiben. Mit Stolz hat gestern

Rückwirkungen auf das Reich

Wie ein neuer Reichstag aussehen würde

Dresden, 25. April. Wir veröffentlichten bereits im Montagmorgenblatt Zahlen, die sich damit beschäftigten, wie nach dem Ergebnis der Länderwahlen ein neugewählter Reichstag aussehen würde. Auf Grund genauer Berechnungen lassen sich diese Zahlen wie folgt ergänzen: Die Prozentzahl mit + oder — bedeutet den jeweiligen Gewinn bzw. Verlust gegenüber dem Stand der Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Die nächste Zahlenreihe gibt die Mandate im jetzigen Reichstag an, die letzte die mutmaßlichen Mandate eines neuen Reichstags. Unberücksichtigt blieb, daß kleine Parteien unter Umständen bei wirklichen Reichstagswahlen überhaupt ohne Mandat ausgehen würden:

SPD.	— 9,7 %	148	129
DNVP.	— 17,5 %	41	34
Zentrum	+ 5,2 %	68	70
Bayrische Volkspartei	+ 7,6 %	19	21
KPD.	— 8,0 %	77	70
Deutsche Volkspartei	— 68,8 %	30	8
Staatspartei	— 50,8 %	14	11
Wirtschaftspartei	— 78,6 %	28	6
NSDAP.	+ 100 %	107	212
Landvolk	— 81,1 %	28	7
Deutsch-Hannoveraner	— 58,8 %	3	1
Konservative Volkspartei	— 85,4 %	4	0
Volksnat. Reichsvereinigung	?	6	0
Christlichsoziale	— 46,4 %	14	8

Deutschnationale fordern Reichstagsneuwahl

Berlin, 25. April. Unter der Ueberschrift: „Die Niederlage des Systems" veröffentlicht der Pressechef der DNVP. Hans Brossius, in den parteiamtlichen Mitteilungen längere Ausführungen zum Ergebnis der Preußenwahl, in denen es unter anderem heißt: Da man nicht damit rechnen kann, daß das geschlagene System freiwillig selbstverständliche Folgerungen zieht, muß seine Niederlage durch entscheidenden Kampf im neuen Landtag selbst besiegelt werden.

Die Wiederaufhebung der Geschäftsordnungsänderung oder aber die planmäßige Verhinderung jedes Versuches, die alte Regierung weiter am Ruder zu erhalten, sind die gegebenen Mittel dafür.

Die Folge der Wahl kann nur die sein, daß der alte Landtag aufgelöst wird. Die weitere Folge muß die sein, daß durch den endgültigen Rücktritt der Regierung Braun der Weg für ein arbeitsfähiges Kabinett der Rechten freigemacht wird. **Schließlich aber muß der Reichspräsident von Hindenburg einsehen, daß auch Millionen seiner Wähler die Beseitigung des Kurses Brüning-Braun fordern, und daß er nur dem Willen des Volkes Rechnung trägt, wenn er auch den überalterten Reichstag auflöst und hier die Bahn für eine Rechtsregierung freimacht.** Die Deutschnationale Volkspartei hat am 25. April den neuen Kampf begonnen. Sammlung der eigenen Kräfte und Einsatz zur endgültigen Beseitigung des Systems sollen Hugenberg die Grundlage zu seiner Wiederaufbauarbeit schaffen.

Christlichsoziale kündigen Brüning die Freundschaft

Berlin, 25. April. Die „Tägliche Rundschau", das Blatt des Christlichsozialen Volksdienstes, verweist vor allem auf die Abhängigkeit des Wahlergebnisses von der Außenpolitik und sagt dann: „Außerdem soll in keiner Weise vertuscht werden, daß der Reichsinnenminister Groener einen erheblichen Teil der nationalsozialistischen Stimmen auf sein Privatkonto verbuchen darf.

Das SA.-Verbot hat in ungeheurem Maße für die Partei Hitlers gewirkt.

Die Reichsregierung hat also wiederum von ihrer bemerkenswerten Fähigkeit, die Parteien bei den Anhängern in Mißkredit zu bringen, die ihre Politik durchweg unterstützt haben, Gebrauch gemacht. Nur das Zentrum steht unerschüttert da. **Wir gehen nicht fehl in der Annahme, daß diese Erkenntnis zum Beispiel für den Christlichsozialen Volksdienst und seine Stellung zur Regierung Brüning von einer gewissen Wichtigkeit sein wird. Es besteht schließlich keine Veranlassung, ohne weiteres zu billigen, daß die letzten Möglichkeiten einer christlichen Politik zerstört werden. Zerstört deswegen, weil das Hindenburg-Kabinett nicht bereit ist, aus dem Zwielicht zwischen Demokratie und völliger Präsidialherrschaft herauszutreten."**